



Keine Kürzungen bei Polizisten geplant

Immer mehr Polizeibeamte befürchten weitere Einschnitte bei einer Änderung des Beamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen. So machen z.B. Gerüchte über eine Erhöhung der Arbeitszeiten sowie die Kürzung von Pensionszahlungen die Runde. Deshalb habe ich die Landesregierung in einer parlamentarischen Kleinen Anfrage nach konkreten Plänen gefragt.

Die Antwort der Landesregierung fällt überraschend eindeutig aus: „Nein“, antwortet der Landesinnenminister jeweils auf Fragen nach Erhöhungen der Lebens- und Wochenarbeitszeiten sowie weiteren Pensionskürzungen. Ziel der Landesregierung sei vielmehr „mit hohen jährlichen Einstellungszahlen für Anwärterinnen und Anwärter der jährlichen Anzahl der in den Ruhestand gehenden Polizistinnen und Polizisten entgegenzutreten.“ Damit das Land als Arbeitgeber weiterhin attraktiv bleibe, wolle die Landesregierung in dieser Legislaturperiode das Dienstrecht weiterentwickeln und modernisieren, so die Antwort (<http://kurzlink.de/GGantwort16-4361>).

Wir werden die Landesregierung beim Wort nehmen. Unsere Polizistinnen und Polizisten haben ein Anrecht auf vernünftige Arbeitsbedingungen zu gerechten Löhnen. Die materielle und personelle Ausstattung der Polizei gehört verbessert.

Stichwahlen in NRW

Die Antwort der Landesregierung auf meine Kleine Anfrage zur der im Jahre 2011 wieder eingeführten Stichwahl bei der Direktwahl von Oberbürgermeistern, Bürgermeistern und Landräten liegt nun vor. Daraus geht hervor, dass in Nordrhein-Westfalen seit der Wiedereinführung der Stichwahl fünf Wahlen stattgefunden haben. Bei allen durchgeführten Stichwahlen ist das Ergebnis das Gleiche wie bei der Hauptwahl. Die Kosten der Wahlen liegen je nach Größe der Kommune zwischen 4.000,- EUR und rund 204.000,- EUR. Die öffentliche Hand hat nach den Angaben der Landesregierung insgesamt rund 300.000,- EUR für diese fünf Stichwahlen ausgegeben.

Demokratie und Kosten sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Jedoch hat die Wiedereinführung der Stichwahl den bürokratischen und finanziellen Aufwand für die Bürger erhöht, ohne im Ergebnis zu anderen Wahlentscheidungen zu führen. Auch vor dem Hintergrund dieser Antworten halte ich eine Stichwahl für überflüssig und fordere daher das entsprechende Gesetz wieder zu ändern. Mehr: <http://kurzlink.de/GGstichwahlenKritik>.

Flächendeckende und lückenlose Spracherhebung und Sprachförderung ist notwendig

Sprache ist der Schlüssel zur Bildung und Integration. Die Ankündigung von Rot-Grün, den Kita-Sprachtest „Delfin 4“ auslaufen zu lassen, halten wir für einen übereilten Schnellschuss.

Im Bund wird aktuell eine gründliche Überprüfung der Sprachstandsdiagnostik und -förderung vorgenommen. Anstatt dies abzuwarten und an einer bundeseinheitlichen und auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basierende Lösung zu arbeiten, greift die Landesregierung nun vorweg. Das ist kontraproduktiv und falsch.